

Aktuell

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz**

Band (Jahr): **76 (2001)**

Heft 11

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Zweimal Nein zu den GSoA-Initiativen am 2. Dezember

Für eine sicherheitspolitisch notwendige, den Veränderungen gegenüber aufgeschlossene und finanzpolitisch verantwortungsvolle Armee

Seit 1989 haben sich manche Dinge verändert: unser sicherheitspolitisches Umfeld, unsere Gesellschaft und in der Folge auch die Armee. Was mit der Veränderung nicht Schritt hält, das ist die Forderung der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA), die Armee abzuschaffen. Das Volk wird am 2. Dezember zu einer nach zwölf Jahren wieder aufgewärmten Version dieses alten Wunsches der Armeegegner erneut Stellung nehmen müssen. Gleichzeitig kommt eine zweite Volksinitiative der GSoA zur Abstimmung, jene über die Einführung eines Zivilen Friedensdienstes – ein Anliegen, das einerseits in Bezug auf die Ausrichtung der schweizerischen Friedenspolitik offene Türen einrennt, andererseits in Bezug auf die konkrete Ausgestaltung unkontrollierbare finanzielle Konsequenzen hätte.

Es ist das gute Recht jeder politischen Gruppierung und damit auch der GSoA, Volksinitiativen zu lancieren und – wenn genügend Unterschriften vorliegen – einzureichen. Es ist aber auch das gute Recht, ja die Pflicht des Bundesrates, den Vorschlägen Kritik entgegenzubringen, wenn diese es verdienen.

Wenn es einen Beweis dafür gebraucht hätte, dass die Welt nach wie vor ein gefährlicher Ort ist, so wurde dieser am 11. September in Amerika geliefert. Alle Auswirkungen der internationalen Spannungen sind noch gar nicht abzusehen, und das ist vielleicht die Gelegenheit, in Erinnerung zu rufen, dass die Armee nicht nur ihren Hauptauftrag, die Raumsicherung und Verteidigung, erfüllt. Vielmehr unterstützt sie auch die zivilen Behörden bei der Katastrophenprävention und -bewältigung und leistet Friedensförderung im Ausland. Die Zeit ist wohl nie richtig, die Schweizer Armee abzuschaffen, aber der gegenwärtige Zeitpunkt erscheint für einen solchen Schritt geradezu absurd.

Die Armeeausschaffungsinitiative richtet sich zudem gegen eine Armee, die sich gerade anschickt, die grösste Reform seit langer Zeit durchzuführen. Sie passt sich den wandelnden Bedrohungen, Gefahren und Risiken, den veränderten, gesellschaftlichen Bedingungen, den demographischen Entwicklungen an. Das erfordert, von mancher Tradition Abschied zu nehmen, um für die Gegenwart und Zukunft gerüstet zu sein. Nicht einmal alle Freunde der Armee sind von sämtlichen geplanten Veränderungen angetan. Dies ist aber der Moment, sich auf das Wesentli-




Bundesrat Samuel Schmid, Chef des Eidgenössischen Departementes für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport.

che zu konzentrieren und die Basis für eine längerfristig effiziente und wirksame Armee zu legen. Es ist ganz sicher nicht die Gelegenheit, aus Verärgerung über kleine Details die ganze Armee in Frage zu stellen.

Schon im letzten Jahr, anlässlich der Abstimmung über die Umverteilungsinitiative, wurden die Kosten der Armee zu einem grossen Thema gemacht. Sie dürften von der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee auch im Hinblick auf den 2. Dezember wieder hochgespielt werden. Hier gilt es, einige Grundfakten in Erinnerung zu rufen: Die Armee kostet rund 4,3 Milliarden Franken pro Jahr. Das ist inflationsbereinigt rund ein Drittel weniger als vor zehn Jahren. Von 1991 bis 2001 wurden für die Landesverteidigung rund 9 Milliarden Franken weniger ausgegeben, als der Bundesrat in seinem Finanzplan vorgesehen hatte. Damit wurde eine «Friedensdividende» erbracht und ein Beitrag zur Sanierung der Bundesfinanzen geleistet. Und wer nun grosses Aufhebens darüber macht, dass für die Modernisierung der Armee in den nächsten 15 Jahren rund 30 Milliarden Franken ausgegeben werden sollen, der verschweigt, dass eine Hochrechnung über anderthalb Jahrzehnte für jede staatliche Tätigkeit eine grosse Summe ergibt. Er verschweigt auch, dass die vorgesehenen Investitionen innerhalb des normalen Verteidigungsbudgets vorgesehen sind. Das VBS wird bei den Betriebsausgaben spa-

ren müssen, um mehr investieren zu können.

Die zweite Vorlage über die Einführung eines freiwilligen zivilen Friedensdienstes stösst zwar grundsätzlich in die richtige Richtung, leidet aber unter mehreren Überlegungsfehlern. Sie hätte unabsehbare finanzielle Folgen, da alle in der Schweiz wohnhaften Personen Anrecht auf kostenlose Ausbildung hätten. Ausserdem kommt die Vorlage zu einem Moment, wo die zivilen friedensfördernden Aktivitäten des Bundes ausgebaut und gesetzlich neu organisiert werden. Die zu schaffende Kommission würde zudem das bereits gegründete Kompetenzzentrum Friedensförderung konkurrenzieren und somit zu mehr Bürokratie führen. Schliesslich kann die zivile Friedensförderung, eine anspruchsvolle Aufgabe, nur einem professionell ausgebildeten Personal anvertraut werden. Bloss guter Wille genügt nicht.

Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben sich in den letzten zwölf Jahren wiederholt zur Armee bekannt, wenn es darum ging, diese gegen fundamentale Angriffe zu verteidigen. Ich erinnere an die Abstimmungen von 1989 (Abschaffung der Armee abgelehnt), 1993 (Ja zur Beschaffung von 34 F/A-18-Kampfflugzeugen), 1993 (Volksinitiative «40 Waffenplätze sind genug» abgelehnt) und 2000 (Umverteilungsinitiative abgelehnt). Das gibt Vertrauen – Vertrauen, das unsere Armee verdient. 

Die Schweizerische Linke und ihr vergeblicher Kampf zur Abschaffung der Armee

1917 Juni 9. und 10.: Parteitag in Bern

– Im Parteiprogramm wird die Ablehnung der Landesverteidigung als Zielsetzung der Partei festgeschrieben.

1924: Armeereform (TO 1924)

– SPS bekämpft die Armeereform und bestätigt die Beschlussfassung von 1917, wonach alle militärischen Institutionen in der Schweiz abgeschafft werden sollen.

1926: SPS-Parteitag

– SPS plant zunächst die Lancierung einer Initiative gegen Armee und Landesverteidigung und verwirft anschliessend diese Idee zugunsten des Versuches, die Armee – das Machtmittel der Bourgeoisie – als Instrument der Gewaltanwendung in der angestrebten künftigen Diktatur des Proletariats zu unterwandern und anschliessend selbst zu nutzen.

1926/27: SPS-Vorstoss im Parlament

– Die SPS stellt den Antrag im Parlament auf völlige Streichung des Militärbudgets. Reaktion der Bürgerlichen: NR-Vize Grimm wird nicht zum NR-Präsident gewählt.

– Aus Budgetgründen streicht das Parlament die Landwehrkurse.

1928: Sozialistische Internationale

– Der Brüsseler Kongress der sozialistischen Internationalen lehnt den Antrag der SPS auf Verwertung jeglicher nationaler Verteidigung ab.

– SP Deutschland plädiert – im Gegensatz zur Schweizer Delegation – für eine nationale Armee!

1929: SPS-Parteitag

– Der Parteitag bekämpft das RP 30 zur Beschaffung von 105 Flugzeugen (60 Jäger und 45 Beobachter).

– Die SPS sammelt 42 000 Unterschriften zur Verhinderung dieser Flugzeugbeschaffung und führt im Lande 70 Protest-Kundgebungen durch. Hauptinitiant und -agitator = Leonhard Ragaz (Pfarrer).

1931 Juni 2. und 3.: SPS-Vorstoss im Parlament

– Die SPS bringt im Parlament drei Vorstösse ein mit dem Ziel der völligen Abrüstung der Schweiz. Gleichzeitig rechtfertigt SP-NR Grimm die Existenz der Roten Armee!

1932 Februar 2.: Abrüstungskonferenz in Genf

– Die SPS wirft der Schweiz in einem öffentlichen Aufruf Verrat vor, weil sie nach dem Ersten Weltkrieg nicht abgerüstet habe. Flugblatt mit einer Auflage von 200 000 Exemplaren.

– Die SPS legt sich auf eine neue Strategie zur Bekämpfung der Armee fest: Konzentration auf das Alltagsleben in der Armee und Mediatisierung von Bagatelereignissen mit dem Ziel, dem Angehörigen der Armee das Leben in der Armee zu verleiden.

1934 Februar 24. und 25.: SPS-Parteitag in Luzern

– Die SPS-Genossen Grimm, Reinhard und Nobs erachten eine mit militärischen Mitteln geführte Notwehr als berechtigt.

– Die SPS-Genossen Frank, Graber und Schneider vertreten einen Minderheitsantrag, wonach jegliche militärische Notwehr zu verneinen sei und jeder Krieg gegen den Faschismus als imperialistisch gebrandmarkt werden müsse.

1934 Juni 11.: Botschaft über eine Verlängerung der militärischen Ausbildung (RS von 2 auf 3 Monate).

– Die SPS bekämpft die Vorlage vehement. SPS und KPS starten ein Referendum, das mit 76 176 gültigen Unterschriften zustande kommt.

– Das Referendum kommt am 24.2.1935 vors Volk.

1935 Januar 26. und 27.: Parteitag SPS

– Der Parteitag kämpft sich durch zu einem Bekenntnis zur Notwendigkeit des bewaffneten Grenzschutzes und zur Milizarmee unter gleichzeitigem Hinweis darauf, dass eine allfällige schweizerische Rüstung die Kriegsgefahr erhöhe.

– Der Parteitag beschliesst die Nein-Parole zur Botschaft des Bundesrates über eine Verlängerung der militärischen Ausbildung mit 343 gegen 220 Stimmen!

1935 Februar 24.: Volksabstimmung über die Verlängerung der militärischen Ausbildung

– Das Volk nimmt die Verlängerung an mit 507 000 Ja- gegen 429 000 Nein-Stimmen.

– Ablehnende Kantone: SZ, OW, NW, ZG, FR, AI, AR, BL, VS, VD.

1936 Juni 6. bis 8.: Botschaft über Kredit von 235 Millionen zugunsten der Armee (=50% der Bundeseinnahmen)

– Juni 6. und 7. SPS-Parteitag lehnt Kredit ab mit 255 Ja- gegen 263 Nein-Stimmen.

– Juni 8. Nationalrat stimmt dem Kredit zu mit 139 gegen 10 Stimmen.

1936 Juni 19.: Botschaft über neue Truppenordnung (TO 37)

– Die von der SPS heftig bekämpfte TO 37 wird vom Parlament angenommen.

1936: Wehranleihe über 80 Mio SFr

– Am 18.10.1936 kommt die Wehranleihe zustande mit einem Zeichnungskapital von 335 Mio SFr (ZH 104, BS 42, BE 37, SG und VD je 18, GE 12 Mio SFr).

– Am 12.12.1936 lanciert die SPS eine Initiative für ein nationales Arbeitsbeschaffungsprogramm und verlangt dafür einen Kredit von 283 Mio SFr.

1937 Januar 31.: Parteitag

– Die SPS bekennt sich endlich grundsätzlich zur Landesverteidigung!

1938 Juni 6.: Botschaft zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit mit einem Kredit von 202 Mio SFr und zur Verstärkung der Armee mit einem Kredit von 213 Mio SFr

– Diese Botschaft wird von der SPS nicht mehr bekämpft und wird vom Parlament genehmigt.

1939 Juni 4.: Abstimmung über die Botschaft vom 6.6.38

– Der Souverän stimmt zu mit 445 000 Ja- gegen 199 000 Nein-Stimmen.

1972 September 24.: Initiative «Für eine vermehrte Rüstungskontrolle und ein Waffenausfuhrverbot»

– Die Initiative wurde verworfen mit 585 046 Ja- gegen 592 833 Nein-Stimmen.

1987 April 5.: Volksinitiative «Für die Mitsprache des Volkes bei Militärausgaben (Rüstungsreferendum)»

– Die Initiative wurde mit 714 209 Ja- gegen 1 046 637 Nein-Stimmen verworfen.

1989 November 26.: Initiative «Für eine Schweiz ohne Armee und für eine umfassende Friedenspolitik»

– Diese Initiative der GSoA (Gruppe für eine Schweiz ohne Armee) wurde vom Volk verworfen mit 1 052 442 Ja- gegen 1 904 476 Nein-Stimmen.

1993 Juni 6.: Initiative «40 Waffenplätze sind genug – Umweltschutz auch beim Militär»

– Diese Initiative wurde mit 1 124 893 Ja- gegen 1 390 812 Nein-Stimmen verworfen.

1993 Juni 6.: Initiative «für eine Schweiz ohne neue Kampfflugzeuge»

– Diese Initiative wurde verworfen mit 1 074 661 Ja- gegen 1 435 744 Nein-Stimmen.

2000 November 26.: Initiative «Sparen beim Militär und der Gesamtverteidigung für mehr Frieden und zukunftsgerichtete Arbeitsplätze (Umverteilungsinitiative)»

– Diese Initiative wurde mit 723 047 Ja- gegen 1 198 923 Nein-Stimmen verworfen.

2001 Dezember 2.: Initiative «für eine glaubwürdige Sicherheitspolitik und eine Schweiz ohne Armee»

2001 Dezember 2.: Initiative «Solidarität schafft Sicherheit: Für einen freiwilligen Zivilen Friedensdienst»

Quellen:

Etter Jan: Armee und öffentliche Meinung in der Zwischenkriegszeit 1918 – 1929, Bern 1872

Bundeshaus: Ergebnisse der Vorlagen an eidgenössischen Volksabstimmungen (www.admin.ch/ch/d/pore/va/index.html)

Major Treumund E. Itin, Basel

Stv. Chefredaktor